

An die

Landrätin des Rhein-Kreises Neuss

-über das Kreistagsbüro-

AfD Fraktion im Kreistag RKN

Moselstr. 5a  
41464 Neuss

Telefon: 02131/5125884

Email:  
kreistagsfraktion@rhein-kreis-neuss.de

Sitzung des Kreisausschuss am 29.04.2026

Datum: 15.04.2026

**Antrag** Frühwarnsystem und Gegensteuerung zur Vermeidung eines  
Haushaltssicherungskonzepts im Haushaltsjahr 2026

Sehr geehrte Frau Landrätin,

die Fraktion AfD beantragt, der Kreistag möge folgenden Beschluss fassen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Kreisverwaltung wird beauftragt,

1. dem Kreistag und dem Finanzausschuss ab dem **II. Quartal 2026 quartalsweise** eine strukturierte Hochrechnung zur Entwicklung des Jahresergebnisses 2026 vorzulegen;
2. in diesen Quartalsberichten insbesondere die wesentlichen Abweichungsrisiken gesondert darzustellen, vor allem in den Bereichen
  - Pensionsrückstellungen,
  - Personalaufwendungen,
  - Transferaufwendungen,
  - Abschreibungen,
  - Forderungsbewertung sowie
  - Ermächtigungsübertragungen;
3. dem Kreistag unverzüglich ein Maßnahmenpaket zur Gegensteuerung vorzulegen, sobald sich im laufenden Haushaltsjahr abzeichnet, dass erneut eine Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in einer Größenordnung droht, die im Folgejahr ein Haushaltssicherungskonzept auslösen könnte;

Michael Daniels  
Vorsitzender

Niklas Odendahl  
stellv. Vorsitzender

Kai Fegers  
Geschäftsführer

Hannelore Byhahn  
Geschäftsführerin

4. für die weiteren Haushaltsberatungen ein Konzept vorzulegen, mit welchen konkreten Vorsorge- und Puffermechanismen erhebliche Plan-Ist-Abweichungen künftig besser abgedeckt werden können;
5. zu prüfen und dem Kreistag darzustellen, ob und in welcher Form durch frühere, unterjährige Hochrechnungen oder sonstige Frühwarnmechanismen grobe Abweichungen von der Haushaltsplanung rechtzeitig erkennbar gemacht werden können.

### **Begründung:**

Die Lage der Kreisfinanzen ist ernst. Nach der Hochrechnung für das Jahresergebnis 2025 ist nicht nur die Ausgleichsrücklage vollständig aufgezehrt, sondern darüber hinaus ein Betrag von ca. 4,6 Millio. der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Die Allgemeine Rücklage wird mit ca. 85 Millio. Euro angegeben; die relevante 5%-Schwelle liegt damit bei ca. 4,3 Millio. Euro. Die Verwaltung hat selbst darauf hingewiesen, dass bei einer erneuten Entnahme von über 5 % im Folgejahr ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen wäre.

Zugleich zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass es wiederholt erhebliche Abweichungen zwischen Planung und tatsächlichem Ergebnis gegeben hat. Die Verwaltung benennt selbst, dass es in der Vergangenheit teilweise erhebliche Plan-Ist-Abweichungen gab. Besonders deutlich wird dies bei den Pensionsrückstellungen: Für 2025 waren 9,9 Millio. Euro eingeplant, die Berechnung zum Bilanzstichtag ergab jedoch ca. 17 Millio. Euro, also ca. 7,6 Millio. Euro mehr als geplant.

Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, erst nach Ablauf des Haushaltsjahres auf negative Entwicklungen zu reagieren. Erforderlich ist vielmehr eine frühzeitige und regelmäßige politische Information, damit Kreistag und Verwaltung rechtzeitig nachsteuern können.

Die politische Grundaussage ist dabei eindeutig: Trotz aller Unterschiede zwischen den Fraktionen sollte das gemeinsame Ziel sein, eine Haushaltssicherung des Kreises zu verhindern. In der vorliegenden Argumentation wird genau dieser Gedanke aufgegriffen: Die Nachteile einer Haushaltssicherung träfen am Ende nicht einzelne Fraktionen, sondern den Kreis und seine Bürger insgesamt. Zudem wird dort angeregt, unterjährig – etwa quartalsweise – grobe Abweichungen von der Planung zu ermitteln, um rechtzeitig gegensteuern zu können.

Der Antrag soll deshalb keine symbolische Debatte auslösen, sondern ein praktisches Instrument schaffen, um finanzielle Fehlentwicklungen früher sichtbar zu machen und politische Handlungsfähigkeit zu sichern.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Daniels  
Vorsitzender



Niklas Odendahl  
stellv. Vorsitzender